

jedoch die Verschiedenheit der politischen und weltanschaulichen Grundsätze der Blockparteien und achtet ihr Recht zu sachlicher Kritik ihre politische Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit. Die Blockpolitik ist Verständigung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie wirkt sich daher auch auf die Arbeit der Parteien in den Volksvertretungen aus. So stehen sich in der Politik zwei Grundsätze gegenüber, die in ihrer Anwendung zu völlig entgegengesetzten Resultaten führen. Die Blockpolitik gewährleistet den demokratischen Neuaufbau Deutschlands, während die Koalitionspolitik jene Kräfte wieder zum Einfluß bringt, die Deutschland in die Katastrophe geführt haben.

Die grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik schließt nicht aus, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich an anderen demokratischen Regierungen beteiligt, auch wenn infolge der Spaltung der Arbeiterbewegung die Voraussetzungen für eine ziebewußte Blockpolitik noch nicht gegeben sind. Innerhalb dieser Regierungen tritt die Partei für das Zusammenwirken der beiden sozialistischen Parteien und aller zur Mitarbeit bereiten demokratischen Kräfte ein, um die restlose Entnazifizierung, den demokratischen Neuaufbau und den Kampf um die Einheit Deutschlands voranzutreiben.

Die Entwicklung seit dem Zusammenbruch
hat die Richtigkeit unserer Politik bewiesen

In West- und Süddeutschland wurde der Weg der Blockpolitik nicht besritten. Die Spaltung der Arbeiterbewegung wurde hier nicht überwunden, sondern wird mit Zwangsmaßnahmen aufrechterhalten. Selbst da, wo die Arbeiterschaft die parlamentarische Mehrheit hat, wird diese Mehrheit nicht genutzt. Im Gegenteil, die sozialdemokratische Führung zieht es vor, unter Ausschaltung eines Teiles der Arbeiterschaft die alte Koalitionspolitik fortzusetzen. Die Ergebnisse dieser Politik sind für das deutsche Volk verhängnisvoll.

Die politischen Rechte des Volkes bleiben in Süd- und Westdeutschland weit hinter den Rechten der Weimarer Republik zurück. Das Wahlrecht in einigen Ländern West- und Süddeutschlands verletzt die Grundsätze der Demokratie. Das Koalitionsrecht und das Betriebsräterrecht sind Stückwerke. Die Besatzungsmächte der westlichen Besatzungszonen gestatten nicht die Bildung von Parteien für ganz Deutschland, wie das auf der Moskauer Konferenz zugesichert wurde. Trotz der eindeutigen Willenserklärung hunderttausender Sozialisten in West- und Süddeutschland wurde die Zulassung der SED von den Militärregierungen bisher verweigert.